

Die Protestkundgebung in Liestal: Nein zu kurzfristigen Sparmassnahmen!

Von Roger von Wartburg



Gemeinsam mit den anderen Personalverbänden der ABP hatte der LVB für den 14. Dezember 2011 zur grossen Protestkundgebung gegen die geplanten Sparmassnahmen im Bildungsbereich und beim Personal aufgerufen und dieser Ruf wurde gehört: Etwa 700 Personen – darunter eine grosse Zahl an Lehrkräften, aber auch viele Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II – trotzten der nasskalten Witterung und säumten den Platz vor dem Liestaler Regierungsgebäude, um pünktlich zu Beginn der Budgetdebatte im Landrat ihren Unmut an die Stätte der politischen Entscheidungsfindung zu tragen. Optisch geprägt wurde das Bild von den gelben LVB-Ballons und vielen mitgebrachten Schildern und Transparenten mit Aufschriften wie «Mogelpaket Nein!», «Bildungsabbau? Nicht mit uns!» oder «Gute Schule? Gute Nacht!». Das mediale Echo auf die Veranstaltung war gross, so berichtete das LCH-Organ BILDUNG SCHWEIZ ausführlich darüber und selbst in der NZZ fand die «Demonstration vor dem Regierungsgebäude im sonst gemütlichen Liestal» Erwähnung.

Für eine Gute Schule Baselland und gute Arbeitsbedingungen!

LVB-Präsident Christoph Straumann wies mit seinen einleitenden Worten auf das Anliegen der anwesenden Lehrpersonen hin, mit ihrer Präsenz zeigen zu wollen, dass ihnen die Zukunftsperspektiven der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen nicht egal seien. Sie seien gewillt, sich auch

weiterhin für eine gute Schule einzusetzen, dies setze aber gute Arbeitsbedingungen voraus. Der Landrat müsse erkennen, dass er mit den vorgeschlagenen Kürzungsmassnahmen im Bildungsbereich allenfalls kurzfristig einen gewissen Betrag einspare, dafür aber den Schulen einen mittel- und langfristigen Schaden zufüge, der nur schwer wieder zu beheben wäre.

In der Folge führte Christoph Straumann weiter aus, dass der Kanton Baselland mit der geplanten Pflichtstundenerhöhung für Fachlehrpersonen der Sekundarstufen I und II genau das Gegenteil dessen mache, was in diversen anderen Kantonen derzeit ablaufe: eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung zu Gunsten grösserer Ressourcen für die übrigen





Aufgaben der Lehrpersonen nämlich. Die Baselbieter Lehrpersonen würden sich durch den wiederholt verweiger-ten Teuerungsausgleich und unrühmliche Aktionen wie die heimlich vorgenommene Anpassung des Berufsauftrags oder die auf unsägliche Weise umgesetzte Ferienregelung je länger, desto mehr in ihrer Arbeit geringgeschätzt fühlen. Deshalb drohe ihre grundsätzlich hohe Motivation definitiv ins Negative zu kippen. Es liege nun in den Händen des Landrats, weitere Fehlentwicklungen zu verhindern und den Baselbieter Schulen keinen Bärendienst zu erweisen.

Eine ehrliche Beurteilung seitens der Politik tut Not!

AKK-Präsident Ernst Schürch hielt fest, dass die vorgeschlagenen Sparmassnahmen ganz konkret einen Abbau von Bildungsqualität nach sich zögen. Mit der Streichung von Schulen, Ausbildungsgängen und Kursen fielen vor allem Angebote für schwächere Schülerinnen und Schüler weg. Überdies würden durch grössere Klassen und Kurse vermehrte Individualisierung und Integration verunmöglicht.

Er rief Regierung und Landrat dazu auf, die Lage ehrlich zu beurteilen: Entweder müssten sie den Schulen die dringend notwendigen Ressourcen für die von Souverän und Parlament geforderten Leistungen zur Verfügung stellen oder aber öffentlich deklarieren, welche dieser Leistungen die Schulen künftig nicht mehr erbringen könnten. Es könne nicht sein, dass die Schule die Folgen der verfehlten

Finanzpolitik der letzten Jahre ausbaden müsse.

«Mir wei nümme luege, mir wei jetzt öppis gseh!»

Mit diesen markigen Worten eröffnete VSLBL-Präsident Urs Zinniker seine kurze Ansprache. Die Mitarbeiterumfrage habe klar gezeigt, dass die Lehrpersonen ihrem Arbeitgeber loyal gegenüberständen. Wenn die Regierung nun aber bei verknüpften Zeitressourcen und für weniger Lohn den Lehrkräften und Schulleitungen weitere, zusätzliche Aufgaben auferlege, dann könne dies nicht aufgehen.

Die Schulleitungen sähen sich angesichts der aktuellen Situation rund um das Sparpaket 12/15 nicht mehr in der Lage, das von den Schulen Verlangte einzulösen. Die Umsetzung der Bildungsharmonisierung sei so nicht mit der nötigen Sorgfalt und Verbindlichkeit möglich. Zu guter Letzt deponierte Zinniker die Forderung, insbesondere den Schulleitungen von Kindergärten und Primarschulen umgehend dieselben Mittel zur Verfügung zu stellen, wie sie die Sekundarschulen hätten.

Weitere Stimmen

Urs Müller, VPOD-Präsident beider Basel, warf der Regierung vor, 20 Millionen bei der Bildung sparen und gleichzeitig die Unternehmenssteuer um 45 Millionen senken zu wollen. Offenbar sei die Lektion der vergangenen Jahre noch immer nicht gelernt worden. Des Weiteren traten Martin Rügegg (SP) und Jürg Wiedemann (Grüne)

als Delegierte ihrer Landratsfraktionen ans Rednerpult, um die Protestierenden ihrer Sympathie und Unterstützung zu versichern.

Schülerdelegation überreicht Petition gegen Bildungsabbau

Besonders erwähnenswert ist die Tatsache, dass neben Arbeitnehmer- und Parteienvertretern auch eine Schülerdelegation das Podium bestieg, um Angestellten der Landeskantlei – die etwas gar lange auf sich warten liessen – ihre Petition gegen den Bildungsabbau, für die sie innert dreier Wochen 2400 Unterschriften gesammelt hatten, zu überreichen.

Landratspräsident nimmt LVB-Appell entgegen

Mit der von Christoph Straumann ausgeführten persönlichen Übergabe des von beinahe 850 LVB-Mitgliedern unterzeichneten Appells (siehe Kasten Seite 11) an Landratspräsident Urs Hess neigte sich die Kundgebung dem Ende entgegen. Christoph Straumann bedankte sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Erscheinen und hielt abschliessend fest, dass, unabhängig von der bevorstehenden Beschlussfassung des Landrats, der Kampf für gute Schulen und gute Arbeitsbedingungen unvermindert weitergehe. Dabei verwies er auf die Landratsdebatte zum Entlastungspaket im März 2012 sowie die Abstimmung über die vier Bildungsinitiativen am 17. Juni 2012.

Tragen wir gemeinsam Sorge zur Guten Schule Baselland – Stimmen Sie NEIN zu kurzfristigen Sparmassnahmen im Bildungsbereich!

Sehr geehrte Landrätinnen und Landräte

Lehrerinnen und Lehrer, Fachleute im Schulbereich und Eltern sind in grösster Sorge. Das Entlastungspaket 12/15 beinhaltet einen massiven Qualitätsabbau an den Baselbieter Schulen und streut Sand ins Getriebe der Umsetzung von HarmoS.

Wir alle haben Verständnis für die Sparbemühungen des Kantons Basel-Landschaft. Diese müssen aber am richtigen Ort ansetzen und dürfen nicht die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft des Basellands gefährden.

Drohender Qualitätsabbau an den Schulen

Würde der Landrat die im Bildungsbereich vorgeschlagenen Sparmassnahmen beschliessen, könnten die Schulen ihre bisherigen Leistungen und Angebote in Zukunft nicht mehr erbringen beziehungsweise aufrechterhalten. Leidtragende wären in erster Linie die Schülerinnen und Schüler, deren Eltern, die Lehrpersonen und die abnehmenden Lehrbetriebe.

Werden die Ressourcen für den laufenden Betrieb an den Schulen im vorgesehenen Umfang gekürzt, steht die für die vom Stimmvolk beschlossenen Schul- und Bildungsreformen erforderliche Zeit definitiv nicht zur Verfügung. Für die Schule gilt das Gleiche wie für jeden anderen Betrieb: Ohne Ressourcen für Innovation und Zukunftsplanung stagniert oder verschlechtert sich die Performance der Organisation. Mittel- und langfristig werden sich fehlende Bildungsressourcen negativ auf die Wirtschaftsleistung des gesamten Kantons auswirken.

Der Arbeitsfrieden ist arg ramponiert

Die Stimmung an den Schulen ist schlecht. In den vergangenen Jahren wurden die Unterrichts- und Arbeitsbedingungen Schritt für Schritt verschlechtert. Das Pflichtenheft wächst ohne Unterlass, wogegen die Reallöhne kontinuierlich sinken. Immer mehr gewinnt der Eindruck Oberhand, dass der Kanton als Arbeitgeber seine Angestellten geringschätzt, ignoriert oder mit Schlaumeiereien hinhält. Deshalb geht es nun neben der Qualität des Schulbetriebs auch um den Arbeitsfrieden.

Die Mitglieder des LVB appellieren an Sie als Mitglied des Landrats:

> Stoppen Sie den Niedergang der Baselbieter Schulen!

> Helfen Sie, den Arbeitsfrieden wiederherzustellen!

Die Mitglieder des LVB ersuchen Sie, in den anstehenden Sitzungen die budgetierten Sparmassnahmen seriös auf ihre Auswirkungen hin zu prüfen: Was ist kurzfristig und was zeugt von Weitblick? Welche Sparbemühung ist zweckmässig und welche nur kontraproduktiv? Unsere Einschätzung ist klar: Kurzichtiges Sparen an der Bildung kommt uns alle über kurz oder lang teuer zu stehen!